

## Entschließungsantrag

**der Abgeordneten Mag.<sup>a</sup> Dr.<sup>in</sup> Sonja Hammerschmid,  
Genossinnen und Genossen**

### **betreffend keine Steuergeschenke für Großkonzerne**

eingebraucht im Zuge der Debatte zu Top 1 über Erklärungen des Bundeskanzlers und des Vizekanzlers gemäß § 19 Absatz 2 der Geschäftsordnung des Nationalrates anlässlich des Amtsantrittes der neuen Bundesregierung

#### **Begründung**

Österreich hat ein Steuerstrukturproblem. Mehr als 80% der Steuern und Abgaben erwirtschaften und zahlen ArbeitnehmerInnen und PensionistInnen (Steuern auf Arbeit und Konsum). Weniger als 20% kommen von Kapital und Vermögen. Die SPÖ hat während ihrer Regierungszeit (2007-2017) laufend Steuern und Abgaben auf Arbeit gesenkt und im Gegenzug Steuern und Abgaben auf Kapital und Vermögen erhöht. Dadurch wurde das Steuerstrukturproblem verkleinert.

Die neue Bundesregierung von ÖVP und Grünen geht, wie die alte schwarzblaue, einen gegenteiligen Weg. Im Programm werden zwar Steuern und Abgaben auf Arbeit gesenkt, aber gleichzeitig viel stärker noch Steuern auf Kapital und Vermögen, das Steuerstrukturproblem wird also wieder vergrößert.

Die im Regierungsprogramm von ÖVP und Grünen vorgesehene Körperschaftsteuer-Senkung von 25% auf 21% kostet rund 1,6 Mrd. €, dadurch erhalten vor allem große Konzerne ein Steuergeschenk in Milliardenhöhe. Allein die größten 300 Unternehmen bekommen fast die Hälfte des gesamten Steuersenkungsvolumens, und die größten 10% der Unternehmen bekommen 90% der gesamten Körperschaftsteuersenkung von 1,6 Mrd. €.

Dieses Volumen fehlt für die Steuersenkung der Arbeitseinkommen in der Lohn- und Einkommensteuer, die, im Gegensatz zu Körperschaftsteuer, von der Wirkung der kalten Progression betroffen sind. Mit der Senkung der Körperschaftsteuer wird kein einziger Arbeitsplatz geschaffen und es werden keine Investitionen in das Wirtschaftswachstum oder den Klimaschutz gefördert. Solche gezielten steuerlichen Maßnahmen, z.B. durch geänderte Abschreibungsmöglichkeiten, wären die steuerpolitisch effizientere Maßnahme im Bereich der Unternehmenssteuern, vor allem für kleine und mittlere Unternehmen.

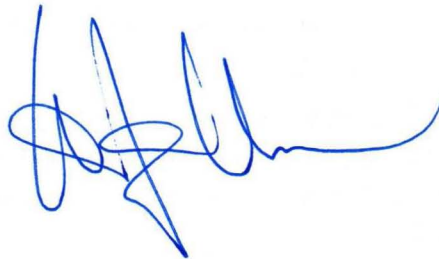
Selbst radikale Vertreter des Neoliberalismus kritisieren diese Maßnahme scharf: „Statt der Körperschaftsteuersenkung auf 21 Prozent aber wäre es sinnvoller gewesen, den Faktor Arbeit stärker zu entlasten und Investitionen steuerlich deutlich besserzustellen.“

Aus diesen Gründen stellen die unterfertigten Abgeordneten nachstehenden

### Entschließungsantrag

Der Nationalrat wolle beschließen:

*„Die Bundesregierung, insbesondere der Bundesminister für Finanzen, wird aufgefordert, von der geplanten Senkung der Körperschaftsteuer abzusehen und stattdessen durch sinnvolle und zielgerichtete steuerliche Fördermaßnahmen im Unternehmenssteuerbereich, insbesondere für kleinste, kleine und mittlere Unternehmen, Investitionen in den Arbeitsmarkt, das Wirtschaftswachstum und den Klimaschutz zu unterstützen.“*



U. Per  
W. Kamin  
S. J. J.

